



Brigitte Lösch MdL

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
Wahlkreis Stuttgart IV

Vorsitzende des Ausschusses für
Kultur, Jugend und Sport

70173 Stuttgart
Haus des Landtags
Konrad-Adenauer-Straße 12
Telefon: 0711 / 2063-664 / -233

E-Mail: brigitte.loesch@gruene.landtag-bw.de
www.brigitte-loesch.de

Stuttgart, 19. November 2019

PRESSEMITTEILUNG

25. November - Internationaler Tag „NEIN zu Gewalt an Frauen!“

Brigitte Lösch MdL „Frauen brauchen Rechtsanspruch auf Schutz“

In Baden-Württemberg wurden 2018 beim Landeskriminalamt 12.125 Fälle von häuslicher Gewalt verzeichnet - 27 Frauen wurden getötet.

„Jeden Tag versucht in Deutschland ein Mann, seine Partnerin oder Ex-Partnerin zu töten. In meinen Augen sind das Femizide und keine Beziehungstragödien“, stellt Lösch fest.

„Jede Frau, die von häuslicher oder partnerschaftlicher Gewalt betroffen ist, muss bei Bedarf Hilfe und Zugang zu einer Schutzeinrichtung erhalten. Und das unabhängig von Einkommen, Wohnort oder Aufenthaltsstatus,“ erklärt Brigitte Lösch MdL zum Internationalen Frauenaktionstag.

Bis heute ist es nicht gelungen, ausreichend Frauenhausplätze und bundesweit gleichwertige Standards zu etablieren.

„Seit Jahren sind Frauenhäuser unterfinanziert und viele Frauen müssen abgewiesen werden. Dieser Zustand ist nicht länger tragbar“, so Lösch.

Gewalt gegen Frauen ist ein gesellschaftliches Problem, kein individuelles. Hilfe und Schutz bei Gewaltbetroffenheit ist eine staatliche Verpflichtung. Ein Rechtsanspruch ist ein klares Signal, Frauen in ihrem Recht auf Schutz und Hilfe zu stärken. Mit Inkrafttreten des „Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt“ (Istanbul-Konvention) ist Deutschland völkerrechtlich gebunden, diese umzusetzen. Bundes- und Landesregierungen müssen zur Umsetzung der Konvention die erforderliche Infrastruktur sicherstellen.

„In Baden-Württemberg haben wir 42 Frauenhäusern mit 341 Plätzen. Laut Sozialministerium brauchen wir mindestens 633 Plätze. Zudem gibt es in neun Landkreise noch keine Frauenhäuser“, erläutert Brigitte Lösch.

Deshalb begrüßt die Sozialpolitikerin, dass in Baden-Württemberg im kommenden Doppelhaushalt 2020/2021 insgesamt 12 Mio. Euro für die dringend notwendige Unterstützung der Frauen- und Kinderschutzhäuser nach der Istanbul-Konvention eingestellt sind.

„Damit können wir einen weiteren wichtigen Schritt gehen, um die Lücken in Landkreisen ohne Frauenhäuser oder Beratungsstellen zügig zu schließen.

Wer von Gewalt betroffen ist, erreicht das Hilfetelefon unter ☎ 08000 116 016 – anonym und kostenlos, 365 Tage im Jahr, rund um die Uhr“, so Lösch abschließend.